

*Le Ministre de Suisse à Washington, P. Ritter,
au Chef du Département politique, A. Hoffmann*

RP Friede

Washington, 25. Januar 1917

Seit meinem Berichte vom 12. Januar¹ ist die französische Post vom 19. Januar ausgefallen. Ich war heute früh eben daran, einen Rapport über die zwei verflossenen Wochen zu beginnen, als Ihre schwerwiegende Kabelanfrage², wie ich Wilsons neuestes Vorgehen beurteile und was von ihm weiter zu erwarten sei, einlief.

Ich gab Ihnen mit Kabel Nr. 50³ in Kürze meine Meinung und beehre mich, darüber ausführlicher folgendes zu melden.

Wie schon aus meinem Berichte vom 12. Januar hervorgegangen ist, hat der Präsident eine bedeutende Schwenkung nach der Seite der Zentralmächte vollzogen. Die Gründe hiefür erblicken die einen darin, dass es Wilson bewusst geworden sei, dass er doch nur auf den Frieden hin wieder gewählt wurde, dass es mit der Prosperität nicht so weit her sei, dass die Nahrungsmittelfrage sich täglich ernster gestalte und dass die amerikanischen Interessen durch England immer mehr bedroht werden. Andere sagen, dass Wilsons tief verletzte Eitelkeit den ganzen Umschwung hervorgebracht habe, nachdem er bei der Falschmeldung von Hughes' Ernennung in den Leitartikeln die Freude der Engländer widergespiegelt fand, als sie glaubten, ihn «*loggeworden*» zu sein.

Jedenfalls findet in seiner Friedensbotschaft, vom 22. Januar, das alliierte Programm einer territorialen Schwächung Deutschlands, Zerstückelung Österreich-Ungarns und eine gänzliche Vertreibung der Türkei aus Europa, eine scharfe Zurückweisung, namentlich in dem obersten Satze, dass es ein Friede ohne Sieg sein müsse. Weiterhin wird die Forderung, dass die Freiheit der Meere die

1. Cf. n° 251.

2. Il s'agit d'un télégramme de la Division des Affaires étrangères du Département politique du 24 janvier 1917 qui disait: Wie beurteilen Sie Wilsons neuestes Vorgehen und was ist weiter zu gewärtigen? Cf. E 2001 (B) 1, 81.

3. Non reproduit.

Conditio sine qua non sein müsse für einen dauernden Frieden, als eine direkte Ablehnung britischer Aspirationen gedeutet.

Wohl die wichtigste Stelle in der Rede Wilsons lautet: «Diese Schlichtung kann jetzt nicht mehr länger aufgeschoben werden.» Der Präsident hat hiemit eine Zeitfrist gesetzt, und seine Rede erhält dadurch den Charakter eines Ultimatums.

Die übrigen Punkte des Wilsonschen Programms lassen sich in ihrer Tragweite weniger klar erkennen. Was die Hauptfrage dieses Nebenteiles des Programmes anbelangt, nämlich die bestimmende Mitwirkung der Vereinigten Staaten an dem Friedensschlusse und an der Sicherung eines dauernden Friedens, so ist dies zunächst eine rein amerikanische Frage. Diese kann vom Präsidenten allein nicht gelöst werden, da er hiezum der Zustimmung mindestens des Senates, vielleicht sogar beider Häuser des Kongresses bedarf.

Dasselbe trifft auch auf den Schluss der Rede zu, nämlich auf die Umwandlung der Monroe-Doktrin, aus der amerikanischen zu einer Weltdoktrin. Diese beiden häuslichen Fragen werden das amerikanische Volk tiefer berühren wie keine andere Frage, die seit dem Bürgerkriege zur Diskussion gestellt wurde.

Eine andere Frage, nämlich die Gleichstellung der Nationen nicht auf Grund ihrer territorialen Grösse, sondern im Sinne einer Gleichheit der Rechte, ist ein Grundsatz, der namentlich den kleineren Nationen sehr angenehm zu hören sein wird, denn damit wird ihnen Sitz und Stimme im Rate der Völker zugewiesen und ihnen ein Gewicht der Entscheidung eingeräumt, wie sie es bisher nicht besaßen. Auch diese Frage wird vom amerikanischen Standpunkte aus scharf unter die Lupe genommen werden, denn diese Doktrin steht in einem zu auffälligen Widerspruch mit der Tradition der amerikanischen Haltung den süd- und mittelamerikanischen Schwestern gegenüber und kontrastiert scharf mit den Vorgängen, die sich gerade in den letzten Jahren in Mexico, San Domingo, Haïti, Columbien und Nicaragua abgespielt haben. Immerhin dürfte der hier zum ersten Mal ausgesprochene Gedanke einen freudigen Wiederhall selbst unter den Grossmächten wachrufen.

Eine weitere Frage ist die beliebte amerikanische Theorie, dass die Regierenden die Zustimmung der Regierten haben sollten. Mit dieser Frage wird der Finger auch an einige wunde Stellen in der amerikanischen Geschichte gelegt. Die Form, in welcher sie von Wilson vorgelegt worden ist, scheint mehr rhetorisch und akademisch als praktisch zu sein. Selbst die zustimmenden Äusserungen in Amerika erinnern Wilson daran, dass auf diesem Kontinente diesem Prinzipie nicht immer nachgelebt worden ist und dass erst in der letzten Woche der dänisch-westindische Verkaufsvertrag zustande kam, der das Kaufobjekt, nämlich die Bewohner von Dänisch-Westindien, in keiner Weise befragt hat, ob ihnen der Flaggenwechsel angenehm ist. Die Philippinen, Hawaii, Texas sind andere Beispiele, hinter die ein grosses Fragezeichen gesetzt werden muss. Wie sich der Präsident nun die Neuordnung der Dinge in Europa denkt, kann nicht einmal andeutungsweise gesagt werden. Mag sein, dass er sich der Schwierigkeit der Aufgabe selbst nicht bewusst ist, oder er hat die Frage aufgeworfen, um die Diskussion so breit als möglich zu gestalten.

Die Frage des freien Zutritts zu den Meeren für alle Nationen scheint haupt-

sächlich eine Forderung Russlands erfüllen zu sollen. In ihrem praktischen Ende dürfte sie nach hiesiger Auffassung eine Öffnung und Neutralisierung der Dardanellen und damit eine Entlassung Russlands aus seiner Schwarzmeerhaft bezwecken. Die Zentralmächte haben anscheinend dem Präsidenten ihre Zustimmung zu einer solchen Lösung bekanntgegeben. Wie England sich dazu stellt und wie es namentlich die damit bedingte Wiederrufung des Berliner Vertrages von 1878 aufnehmen würde, wird sich erst später zeigen. Äusserungen aus britischen Kreisen lassen erkennen, dass England mit dieser Forderung Wilsons an einem sehr wunden Punkte getroffen worden ist. Die Freunde von heute können bekanntlich die Feinde von morgen werden! Sollte das Prinzip einmal aufgestellt und in einem gewissen Falle, wie hier im russischen Falle, praktisch geworden sein, dann werden natürlich andere Nationen, denen bisher der Zugang zum Meere verlegt war, an den Segnungen teilnehmen, da ja gerade von diesen Prinzipien die Dauer des künftigen Friedens abhängen soll. Es würde dann auch der Suez-Kanal, die Malacca-Straits und schliesslich der Panama-Kanal frei werden müssen.

Die Aufnahme der Rede in Amerika ist, wie sich von Tag zu Tag deutlicher zeigt, streng nach parteipolitischen Scheidelinien geteilt. Die Demokraten stellen sich geschlossen und begeistert hinter den Präsidenten. Die Republikaner dagegen, mit etwa einem halben Dutzend Ausnahmen, fallen Wilson wütend in die Flanke. Ob diese republikanische Haltung lediglich dem politischen Gegner gilt oder ob sich darin eine empfindliche Verletzung republikanischer Privatinteressen offenbart, ist schwer zu sagen. Wenn man indes bedenkt, dass die finanzielle Grossmacht Amerikas, die Grossindustrie und die während des Krieges neu geschaffene Kriegsindustrie beinahe ausschliesslich in republikanischen Händen liegt, dass die Hauptmasse der Börsenspekulanten und des Handels ebenfalls der republikanischen Partei angehört oder zuneigt und dass schliesslich gerade diese Kreise während der letzten Wahl alle Hebel ansetzten, um Wilson zu schlagen, dann wird sich das Motiv der republikanischen Gegnerschaft gegen die Wilsonsche Rede leichter erkennen lassen.

In den beiden diplomatischen Lagern ist man natürlich zurückhaltend und überlässt die Kommentierung der Rede den heimischen Regierungen und der heimischen Presse. Immerhin kann ein Reflex der heimischen Stimmung in den Washingtoner diplomatischen Kreisen gefunden werden. Die alliierten Botschaften haben sich ziemlich ungeschminkt ablehnend verhalten, während die deutsche Botschaft mit dem Ausdruck der Befriedigung darüber nicht zurückhielt, dass die Rede deutsche Gedankengänge sowohl wie deutsche Forderungen in bemerkenswertem Grade widerspiegle.

Von Senator Lodge, der den ausgesprochensten alliierten Standpunkt einnimmt, wird zuverlässig berichtet, dass er gesagt habe, Wilsons Rede sei antibritisch und sei dazu bestimmt, auch das Land antibritisch zu machen. Die östliche Presse der Vereinigten Staaten scheint der Auffassung von Lodge zu sein, denn, die *New York Tribune*, der *Herald*, *Sun*, *Globe*, die Bostoner Blätter, das *Providence Journal* (das Mundstück der britischen Botschaft) und auch andere Parteigänger weiter landeinwärts betrachten die Rede als eine Rückenstärkung der Zentralmächte.

26 JANVIER 1917

481

Über das europäische Echo derselben sind Sie besser unterrichtet als wir hier.

Die Meinung ist hier ziemlich verbreitet, dass die Ergänzungsnote Balfours und ein Interview, welches Poincaré dem Pariservertreter der *Associated Press* gegeben hat, den üblen Eindruck der alliierten Note etwas hätte verwischen sollen. Die Rede Wilsons sei aber schon acht Tage vorher geschrieben und abgesandt gewesen.

Auf Ihre Frage, was weiter zu gewärtigen sei, ist es angesichts des strengen Geheimnisses, welches sich das Weisse Haus und das Staatsdepartement auferlegt haben, sehr schwer, eine Antwort zu geben. Aus den neuesten Entwicklungen geht hervor, dass der Präsident in der Audienz vom 9. Januar mir nicht ganz den Tatsachen entsprechend geantwortet hat. Er hat damals die Bedingungen, unter denen die Zentralmächte zum Frieden geneigt waren, wohl gekannt, und ich erfahre aus sonst wohlinformierter Quelle, dass Graf Bernstorff vorgestern die Äusserung getan habe, dass schon in vier Wochen die Einberufung der Konferenz erwartet werden könne. In meinem Kabel schwächte ich diese überraschende Aussage etwas ab, dachte aber immerhin gut zu tun, Ihnen davon Kenntnis zu geben.